

Democracy First!

Ein Schnelleinstiegsprogramm in die Politik

Wolfgang Gründinger

Niels Petersen

Linda van Renssen

In der deutschen Politik haben es Quereinsteiger sehr schwer. Das führt dazu, dass viele talentierte Menschen der Politik fern bleiben, da die Karrierewege undurchsichtig sind und man oft schon von jungen Jahren an sich in der Partei verdient gemacht haben muss, damit eine politische Karriere realistisch ist. Democracy First! soll dieses Problem lindern helfen, indem herausragenden Studienabsolventen und Young Professionals die Möglichkeit eröffnet wird, in einem speziellen Schnelleinstiegsprogramm für eine bestimmte Zeit direkt in politischen Schaltstellen zu arbeiten.

Das Vertrauen gerade junger Menschen in die Parteien und die demokratischen Institutionen schwindet. Parteien und ihre Politiker haben einen sehr schlechten Ruf: Oft hören wir in unserem Umfeld, dass Politiker unglaublich, langweilig, korrupt und Lichtjahre vom Alltagsleben entfernt sind. Das mag sich nach einfältiger Parteienschele anhören, aber das ist das subjektive Gefühl, das selbst viele politisch interessierte Menschen – nicht nur die Jüngeren – erleben. Die verbrauchte Bierseligkeit des durchschnittlichen Ortsvereins entspricht jedenfalls nicht dem Lebensgefühl eines Mittzwanzigers. Wenn Parteien-Bashing zum Volkssport geworden ist, darf man sich über die Parteienverdrossenheit der nachwachsenden Generation nicht wundern.

Selbst wer sich für Politik interessiert, findet Parteien nicht sonderlich attraktiv. Wer erst eine beschwerliche Ochsentour hinter sich bringen muss, bevor er wirklich mitreden darf, überlegt es sich zweimal, ob er seine Zeit nicht lieber bei einer Umwelt- oder Menschenrechts-NGO investiert, wo er glaubt, schneller mehr verändern zu können und außerdem mehr Spaß hat. Parteisitzungen mit Tagesordnungen, Nachrückverfahren und Delegiertenschlüsseln sind jungen Menschen zu verstaubt und verkrustet, zu langwierig und langweilig. Sie wollen anpacken und die Welt verändern und nicht jahrelang Machtkämpfe um Listenplätze und Mandate austragen. Für sie ist Parteiarbeit zu viel Aufwand für zu wenig Ergebnis. In einer Zeit aufgewachsen, in der die Gesellschaft auf die Maxime der Effizienz getrimmt ist, scheinen ihnen die Parteien als zu ineffizient – und obendrein zu wenig idealistisch, in den Zwängen und Ritualen der Tagespolitik gefangen.

Die Folge: Die Parteien bluten aus und verlieren ihren Nachwuchs. Hochqualifizierte suchen ihre Zukunft nicht in der Politik, sondern in der Wirtschaft. Den Parlamenten und Parteien geht die Kompetenz verloren. Für unsere Demokratie ist das kein gutes Zeichen.

Stallgeruch als Selektionskriterium

Die Parteien müssten auf die Vertrauens- und Nachwuchskrise mit einer radikalen Öffnung antworten. Überholte, hierarchisierte Gremienstrukturen züchten Karrieristen, die schnell genug den richtigen „Stallgeruch“ entwickeln, anstatt junge, politisch engagierte Menschen anzuziehen. Die eingesessenen Alten empfinden sich natürlich niemals als zu alt für ihre Posten. Wenn sie doch Platz für den Nachwuchs machen, lastet der gesamte Druck auf den wenigen übrig gebliebenen Jungen, die – schwach und vereinzelt – mit verfallenden Strukturen klarkommen müssen.

Wer in der Politik etwas werden will, muss früh anfangen. Nahezu alle aufstrebenden Nachwuchspolitiker verdanken ihren Aufstieg der frühzeitigen und jahrelangen Selbstaufopferung in ihrer Partei. Ihre Lebensläufe gleichen sich: Eintritt in die Partei meist schon im Alter von 14 oder 15 Jahren, mindestens ein halbes Dutzend Ämter und Posten in Orts- und Kreisverband, in der Hochschulgruppe, im Unterbezirk, Bezirk und Landesverband – möglichst ohne schädlichen Ortswechsel, nach dem man sich erst wieder neu seine Meriten erwerben muss. Außerdem

kommunalpolitisches Engagement als Stadt- und Kreisrat, ein Job als Mitarbeiter in einem Abgeordneten-Büro, und knapp ein Dutzend Mitgliedschaften in sorgsam ausgewählten Vereinen. Die Kungelrunden am Stammtisch und beim Tennisspielen mit den Parteifreunden sowie mehrere tausend ehrenamtliche Arbeitsstunden für Plakate kleben, Luftballons aufblasen, Flugblätter austragen und Infostände betreuen, kommen noch oben drauf. Statistisch braucht es im Schnitt achtzehn Jahre vom Parteibeitritt bis zum Bundestagsmandat. Der Weg in die Politik bedarf also viel Sitzfleisch und Ausdauer. Studium, Berufsausbildung und Privatleben werden der Partei untergeordnet. Parteikarrieren werden ersessen, nicht erobert. Wer erst mit Mitte 20 in die Parteipolitik einsteigt oder nicht sein ganzes Leben der Partei opfert, hat wenig Chance auf einen guten Posten, egal wie kompetent er oder sie sein mag.

Quereinsteiger muss man mit der Lupe suchen. Die seltenen Seiteneinsteiger, mit denen die Parteien gelegentlich ihren Stallgeruch abschütteln und sich mit einer Aura der Innovation und Kompetenz umgeben wollen, werden durch die internen Logiken des Parteibetriebs schnell verschlissen und sind bald vergessen. Seiteneinsteiger scheitern, weil ihnen die parteiinterne Sozialisierung fehlt: Sie haben nie gelernt, Mehrheiten zu organisieren und sich in Netzwerken machttaktisch abzusichern, und sie brauchten nie die Tuchfühlung mit den Wählern, die sie auf Volksfesten mit Bier und Bratwurst herstellen müssen – denn ihre Sachkompetenz genügte für den Erfolg im Job.

Aufgrund der personellen Auszehrung der Parteien mag es heute einfacher sein, in Ämter und Funktionen gewählt zu werden. Der Einstieg geht leicht, der Aufstieg aber bleibt schwer. Die Ochsentour mit jahrelangem Klinkenputzen wird Nachwuchspolitikern auch heute nicht erspart. In mancherlei Hinsicht ist dies sicherlich unverzichtbar, denn von den Gewählten muss man erwarten können, dass sie sich nicht nur in den Parteigremien aufhalten, sondern auch in ihren Wahlkreisen für die Bürger ansprechbar sind. Deshalb ist die Ochsentour ein wichtiges Stück politischer Ausbildung. Aber: Sie muss kürzer und transparenter werden.

Die High Potentials zieht es nicht in die Politik

Es gibt kaum einen wirksameren Weg als die gegenwärtige Form der Nachwuchsrekrutierung, um junge Leute von einer Karriere in den Parteien abzustoßen. Wer sonst gelernt hat, immer flexibel und mobil zu sein, der tut sich schwer damit, sein halbes Leben der Partei zu verschreiben. Der Aufstieg ist unkalkulierbar. Wer gut ist, kommt deswegen noch lange nicht weiter. Regional- und Geschlechterproporz, Stimmungen, Seilschaften und Postengeschacher prägen die Nachwuchsrekrutierung stärker als Kompetenz.

Für High Potentials ist Politik als Beruf wenig attraktiv. Als Hochqualifizierter bekommt man in der Privatwirtschaft ein deutlich höheres Gehalt, braucht nicht eine lange Ochsentour mit unsicherem Ausgang antreten. Ausschussmitgliedschaften im Bundestag werden nicht nur nach der Kompetenz der Abgeordneten besetzt, sondern ihnen bisweilen entsprechend ihrer Amtsdauer und Machtposition zugewiesen. Wer sich nicht durchsetzen kann, ist mitunter auf einmal für ein Thema zuständig sind, in dem er sich gar nicht auskennt. In einem Unternehmen wäre das nicht vorstellbar.

Der Bundestag ist extrem hierarchisch, die Positionierung ist für junge Abgeordnete am Anfang ziemlich schwierig. Viele junge Parlamentarier versuchen, sich über inhaltliche Arbeit zu profilieren, finden damit allein aber kein Gehör – sie brauchen zugleich auch die machtpolitische Absicherung durch Netzwerke, Parteigremien, Seilschaften, sonst versauern sie lebenslang als Hinterbänkler oder sind schnell wieder raus. Den Flügelkämpfen in den Parteien ist schon mancher vielversprechende Nachwuchspolitiker zum Opfer gefallen.

Das an Wahlkreise gebundene Nominierungsverfahren der Abgeordneten passt strukturell nicht mehr in eine Welt, in der gerade junge Menschen häufig für Studium, Praktikum oder Job umziehen oder ins Ausland gehen. Nach jeder Rückkehr aus dem Ausland, in jedem neuen

Ortsverein müssen sich die potenziellen Nachwuchspolitiker erst wieder mühsam neu einarbeiten und die Tour durch Funktionen und Ämter von vorn beginnen. Wer Politiker werden will, sollte möglichst unflexibel sein, was seinen Wohnort angeht. In jedem Unternehmen wird von einem genau das Gegenteil erwartet. Eine Parteistruktur, die Mobilität bestraft, passt nicht mehr zu einer mobilen Generation, deren Zuhause da ist, wo gerade ihr Kleiderschrank steht. Der Dreiklang Kreißaal-Hörsaal-Plenarsaal wird dadurch in Stein gemeißelt. Die Immobilien und Zeitreichen gewinnen das Rennen um die politischen Mandate.

Die dynamische Partei der Zukunft

Parteien sind der Transmissionsriemen zwischen politischen Institutionen und Gesellschaft. Eine parlamentarische Demokratie kommt ohne Parteien nicht aus. Die Parteien müssen in sich selbst mehr Demokratie wagen und sich neuen Leuten und neuen Inhalten öffnen, sonst ist es um unsere parlamentarische Demokratie schlecht bestellt. Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Praxisbeispiele zeigen, wie eine Frischzellenkur für die Parteien aussehen kann.

Die altbewährten Methoden der externen Öffentlichkeitsarbeit, wie Infostände oder Bürger-sprechstunden, bleiben zweifelsohne wichtig, genügen aber den Ansprüchen einer modernen Partizipationskultur nicht mehr. Viele Ideen und Ansätze für lebendigere und offenere Parteien werden bereits diskutiert und verdienen es, ausprobiert zu werden: Vorwahlen des Kanzlerkandidaten und der Listenplätze (nach dem Vorbild der amerikanischen Primaries) sowie Basis-Mitgliederentscheide bieten Mitgliedern mehr Mitsprache über den Weg ihrer Partei. Mitunter wären auch Jugendquoten zu diskutieren, um den Druck zur Anwerbung junger Nachwuchskräfte zu erhöhen. Internetmitgliedschaften und neue digitale Beteiligungs- und Kommunikationsformate, z.B. Onlinediskussionen über strittige Themen mithilfe Social Media oder moderne Tools, die aus dem Liquid-Democracy-Ansatz hervorgegangen sind, eröffnen neue Spielräume und Möglichkeiten.

Die Parteien brauchen insbesondere mehr Möglichkeiten, wo sich (junge) Menschen thematisch und/oder zeitlich begrenzt direkt und wirksam engagieren können, ohne gleich in die gesamte Bandbreite der Parteiarbeit eintauchen zu müssen. Die bestehenden Mechanismen wie Fachausschüsse und -kommissionen sind dabei ein guter Ansatz, der gestärkt werden muss.. Weiterhin können Initiativen, die auf höhere Transparenz demokratischer Willensbildung insgesamt und eine Stärkung des Parlaments hinauslaufen, den Job des Politikers beliebter machen und das Ansehen der Parteien rehabilitieren. Offene Sitzungen, die nicht in verschlossenen Hinterzimmern stattfinden, schaffen Transparenz und dadurch Vertrauen.

Damit einhergehen muss eine neue Diskussionskultur in den Parteien. Kampfkandidaturen um Führungsposten dürfen nicht sakrosankt sein, sondern müssen zum normalen politischen Streit dazu gehören. Beschlüsse dürfen nicht mehr ex cathedra von der Parteiführung verkündet und von der Basis nur noch abgenickt werden, sondern müssen offen erarbeitet werden.

Experimente bitte! Nichts ist langweiliger, als wenn die Parteien alles weiter so machen, wie sie es schon immer gemacht haben.

Democracy First!

Wir wollen einen neuen Vorschlag unterbreiten, der darauf abzielt, vor allem junge Hochqualifizierte für eine Karriere in der Politik zu gewinnen: „Democracy First!“ – ein Schnelleinstiegsprogramm in die Politik (in Anlehnung an die Bildungsinitiative „Teach First“). Wir glauben, dass auf diese Weise die Qualität der Nachwuchsrekrutierung der Berufspolitiker erhöht, die Durchlässigkeit zwischen Parteiapparat und Gesellschaft verbessert und die Institutionen unserer Parteiendemokratie insgesamt lebendiger und attraktiver gemacht werden. Das Programm wird

nicht alle Nachwuchssorgen und Nöte der Parteien bannen können. Aber es wird helfen, junge, exzellent ausgebildete Menschen für eine Karriere in der Politik zu gewinnen.

Für die Teilnahme am Programm können sich persönlich und fachlich herausragende Hochschulabsolventinnen und -absolventen aller Studienrichtungen qualifizieren. Als Fellows werden sie für neun Monate bis zwei Jahre in Vollzeit in verschiedenen politischen Institutionen eingesetzt. Ihre Arbeitsplätze sind angesiedelt in Parteizentralen, Ministerien, Landtagen und Bundestag.

Die Fellows kommen entweder direkt von den Hochschulen oder bringen bereits einige Jahre Berufserfahrung mit. Sie sind dabei keine „besseren Praktikanten“, sondern bringen ihre Fachkenntnisse unmittelbar ein und arbeiten direkt an laufenden Projekten mit. Individuelle Arrangements sollen garantieren, dass die Fellows sich persönliche Schwerpunkte setzen können und in einem geeigneten Bereich arbeiten, wo ihre Qualifikationen tatsächlich benötigt werden. Ein Rotationsprinzip stellt sicher, dass die Fellows unterschiedliche Institutionen kennenlernen.

Das Auswahlverfahren kann bei einem Komitee angesiedelt werden, das sich aus Vertretern z.B. von Parteien, politischen Stiftungen und weiteren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren zusammensetzt. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Fellows einen möglichst breiten Querschnitt der Gesellschaft abbilden. Weiterhin soll durch eine möglichst ausgewogene Zusammensetzung der Kommission auch verhindert werden, dass überwiegend verdiente „Parteimitarbeiter“ als Fellows ausgewählt werden. Das Fellowship soll schließlich keine Belohnung für Menschen sein, die ihren Weg ohnehin in der Politik sehen, sondern vor allem dazu dienen, Menschen der Politik näherzubringen, die bisher geringen Kontakt mit ihr hatten.

Das Programm ist nicht als Kaderschmiede für bereits fest in Parteilaufbahnen verankerte Nachwuchspolitiker angedacht, sondern als politisches Einstiegsprogramm für solche jungen Leute, die bislang noch nicht oder kaum mit Parteien und politischen Institutionen in Berührung gekommen sind. Insofern ist eine Parteimitgliedschaft nicht Voraussetzung. Die Fellows sollen sich aber für ihr Programm für eine Partei entscheiden. Bei der Auswahl der Fellows sollte hierauf Wert gelegt werden.

Überparteiliche Meetings und Workshops sorgen für einen Austausch mit den Fellows anderer Parteien und Institutionen. Auch gegenseitige Besuche von Parteitagen vermitteln ein Gespür, wie der andere tickt, und werfen einen Blick über den Tellerrand. In Workshops mit Spitzenpolitikern können die Fellows politische Konzepte diskutieren und Impulspapiere erarbeiten. In themenbezogenen Arbeitskreisen können Fellows unter Hinzunahme von Politikern und Fachleuten parteiunabhängige Positionen entwickeln und gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen planen.

In begleitenden Trainings, die ebenfalls über Institutionen- und Parteigrenzen hinweg stattfinden, erhalten die Fellows eine erstklassige Weiterqualifizierung in Politikmanagement, politischer Theorie, Verhandlungsführung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Soft Skills und weiteren beruflich relevanten Kompetenzen. Jedem Fellow wird außerdem ein Mentor zur Seite gestellt, der bei einem ausführlichen Begrüßungsgespräch auf Erwartungen eingeht, ihn über Mitmach-Möglichkeiten informiert und beim Knüpfen von Kontakten ebenso behilflich ist wie bei organisatorischen Problemen und inhaltlichen Fragen.

Das Programm ist von der öffentlichen Hand zu finanzieren. Die Fellows erhalten für ihre Tätigkeit eine ausreichende Entlohnung, die in etwa der eines Berufseinsteigers im gehobenen öffentlichen Dienst nach einem Studium entspricht. Ist die Entlohnung zu hoch, könnte Geld schnell der Hauptanreiz sein, um am Fellow-Programm teilzunehmen. Ist sie zu gering, wird man wenige interessante Leute finden, die an einer Teilnahme interessiert sind. Die Fellows ersetzen keine reguläre Beschäftigung, sondern sind zusätzliche Mitarbeiter. Die externe Auftragsvergabe in Ministerien kann damit durch hauseigene Kompetenz reduziert werden. Im Bundestag helfen die Fellows, durch ihre Zuarbeit und ihr Fachwissen das Parlament gegenüber dem strukturellen Informationsvorsprung von Interessengruppen und Administration zu stärken.

Die jungen Absolventinnen und Absolventen profitieren von den Erfahrungen aus der Arbeitspraxis, der hochkarätigen Weiterbildung und Netzwerkkontakten. Sie können den Arbeitsalltag in der Politik unmittelbar erleben und ohne Umwege mit politischen Entscheidungsträgern in Kontakt kommen, anstatt nur in den Medien über „die Politiker“ zu lesen. So können sie Impulse von außen in die Parteien tragen, aber auch selbst neue Impulse aus der Politik mitnehmen. Junge High Potentials könnten so ihren Weg in die politische Laufbahn finden.

Von einem solchen Programm „Democracy First“, wie wir es hier skizziert haben, erwarten wir uns, mehr hochqualifizierte junge Menschen für Parteien, Politik und Demokratie begeistern zu können – und diejenigen jungen Leute, die bereits ehrenamtlich gesellschaftlich engagiert sind, besser zu unterstützen. Das Programm könnte junge Leute motivieren, in der Politik zu arbeiten, sich neben ihrem Job politisch zu engagieren, und gegenseitiges Verständnis und Dialog zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik fördern. Man kann aus dem Programm heraus natürlich nicht direkt Abgeordneter werden – weil man schließlich gewählt werden muss, und dafür weiterhin die „Ochsentour“ braucht. Es würde aber mindestens helfen, das Berufsfeld Politik attraktiver für junge Spitzenkräfte zu machen, und den Austausch zwischen Gesellschaft und den als abgekapselt und abgehoben empfundenen Parteien zu fördern.

Unsere politischen Institutionen profitieren von den Impulsen junger, kritischer Menschen – und werden dadurch lebendiger, offener und dynamischer. Selbst wenn die Fellows nicht in der Politik beruflich Fuß fassen, tragen sie ihre Erfahrungen hinaus in Wirtschaft und Gesellschaft, und befördern so ein besseres Verständnis darüber, wie Politik tatsächlich funktioniert.

Democracy First ist nur ein kleines Element in einem breiten Spektrum an Möglichkeiten, wie das Ansehen der parlamentarischen Parteiendemokratie bei jungen Menschen verbessert und der Politikerberuf für junge Hochqualifizierte attraktiver gemacht werden kann. Das Programm wird die ausgebrannten Parteien nicht schlagartig revolutionieren – aber kann einen Beitrag dazu leisten, damit Politik greifbarer wird.